

«Unterricht braucht dringend Verbesserungen»

Thurgau streicht als erster Kanton das Frühfranzösisch – für Lehrerpräsident Beat W. Zemp ein Verfassungsbruch

Von Daniel Ballmer, Bern

BaZ: Herr Zemp, ist das der Anfang vom Ende? Bedeutet der Thurgauer Entscheid das Aus für die Harmonisierung der Schweizer Bildungslandschaft?



Beat W. Zemp: Es handelt sich erst um einen Auftrag des Parlaments an die Kantonsregierung. Aber es geht natürlich in diese Richtung. Und es widerspricht dem

Entscheid der Erziehungsdirektorenkonferenz, dass Primarschüler eine Landessprache und Englisch lernen müssen. Der Flickenteppich unter den Kantonen soll vereinheitlicht werden, sonst ist die angestrebte Harmonisierung nicht zu erreichen. Die Erziehungsdirektoren müssen an ihrer Versammlung im Oktober sicher über die Bücher. Zumal sich die Situation laufend entwickelt. Auch auf Bundesebene zeigen die Parteien Tendenzen in verschiedene Richtungen.

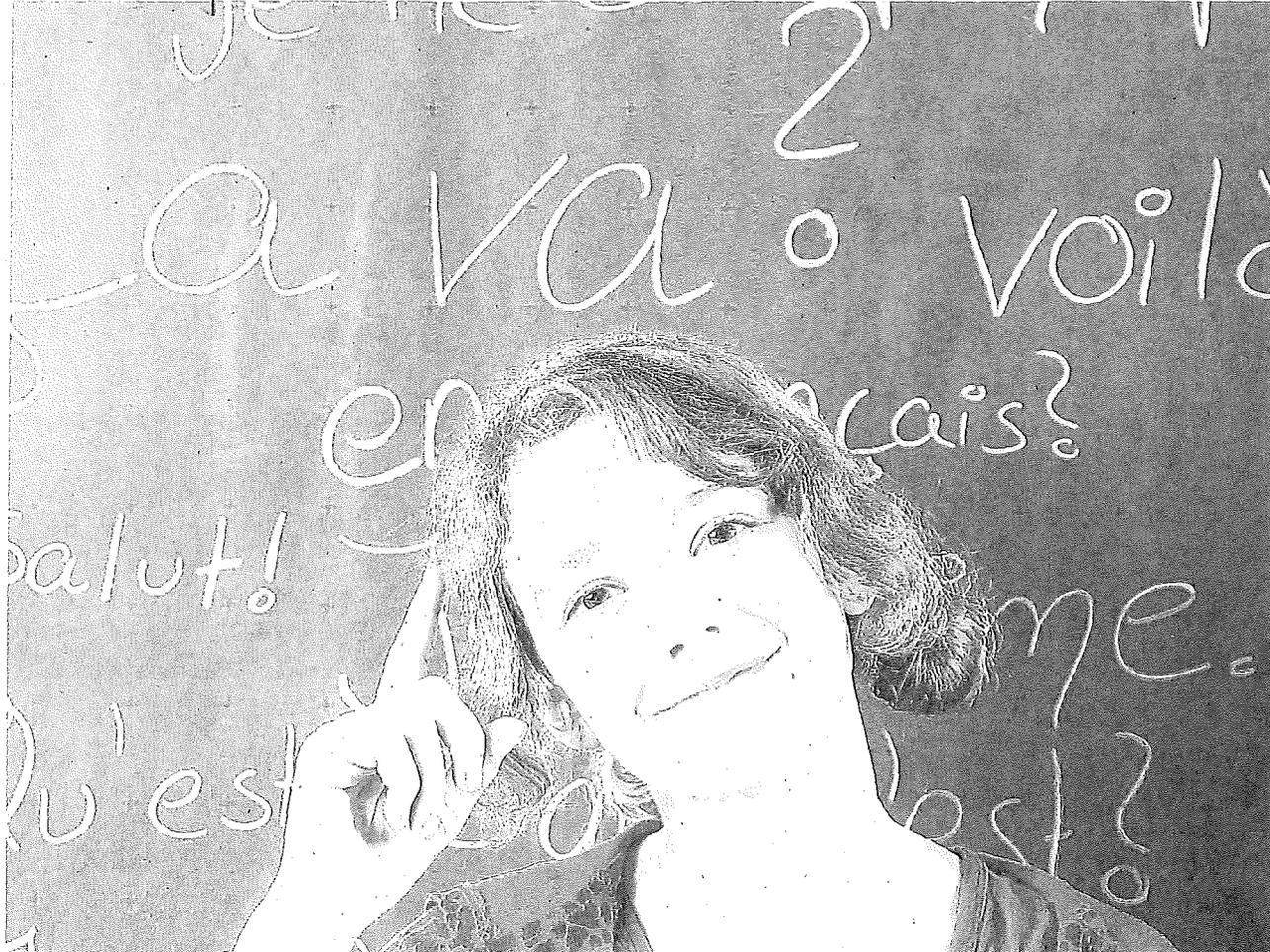
Sie sprechen es an: Auch in anderen Kantonen gibt es Pläne, die zweite Fremdsprache aus der Primarschule zu verbannen. Könnten mit dem Thurgauer Entscheid nun alle Dämme brechen?

Die Frage der Fremdsprachen auf Primarstufe muss nochmals ernsthaft diskutiert werden. Der Schweizer Lehrerverband betont schon lange, dass die Bedingungen bisher nicht gegeben sind. Es braucht dringende Verbesserungen wie mehr Lektionen, angepasste Lehrmittel und einen

«Ein Lernverbot auch für leistungsstarke Schüler ist sicher nicht die richtige Lösung.»

Unterricht in Halbklassen. Man sollte sich hier verstärkt am Potenzial der Schüler orientieren. Viele sprachschwache Schüler sind damit überfordert. Diese brauchen spezielle Fördermassnahmen oder allenfalls auch eine zwischenzeitliche Dispensierung

Basler Zeitung, 15.8.2014



Alleingang. Mit seinem Entscheid gefährdet der Thurgau die Harmonisierung der Schweizer Bildungslandschaft. Foto Keystone

mit einem späteren Start der zweiten Fremdsprache. Deshalb plädieren wir für ein Zweisprachen-Angebot an der Primarschule, das von den Kindern je nach Leistungsvermögen genutzt wird. Sprachschwache Schüler könnten dann in der Sekundarschule mit einer erhöhten Stundenzahl starten. Wichtig ist, was sie am Ende der obligatorischen Schulzeit können.

Dann sind die Bedenken des Thurgauer Grossen Rats nachvollziehbar? Er kritisiert eben, die Kinder seien überfordert.

Das ist teilweise auch richtig. Aber ein generelles Lernverbot auch für leistungsstarke Schüler ist sicher nicht die richtige Lösung. Kinder, die dazu in der Lage sind, sollten bereits in der fünften Klasse eine zweite Fremdsprache lernen können. Ansonsten

wäre die Entwicklung absehbar: Wer kann, würde seine Kinder auf privatem Weg eine zweite Fremdsprache lernen lassen. Das wäre ein Verstoß gegen die Chancengerechtigkeit.

Sie sehen das Problem aber nicht nur im Kanton Thurgau, sondern bemängeln den Fremdsprachenunterricht generell.

Stossend ist vor allem, dass er nicht in jedem Kanton einheitlich geregelt ist. Das beobachten wir schon nur innerhalb der Nordwestschweiz, wenn man von der Baseltaler Gemeinde Augst nach Kaiseraugst in den Aargau umzieht. Klar aber ist, dass zwei Lektionen schlicht nicht ausreichen, um eine wirklich nachhaltige Lösung zu erreichen.

Muss die Sprachenfrage allenfalls doch noch auf Bundesebene gelöst werden,

um eine einheitliche Lösung erreichen zu können?

Die Ausgangslage ist klar: Es ist in der Bundesverfassung festgehalten, dass die Ziele der Bildungsstufen zu harmonisieren sind. Mit seinem Parlamentsentscheid würde der Kanton Thurgau diesen Verfassungsauftrag klar nicht erfüllen. Entweder schafft die Erziehungsdirektorenkonferenz ein gemeinsames Konzept, wie eine Harmonisierung doch noch zu erreichen ist. Ansonsten kommt der Bund gar nicht darumherum, einzugreifen, wenn sich die Kantone nicht einigen können. Denn der bestehende Flickenteppich würde nur noch grösser.

Beat W. Zemp (59) ist Präsident des Schweizer Lehrerinnen- und Lehrerverbandes und Mathematiklehrer am Gymnasium Liestal.

Der Bund droht einzugreifen

SP will Vorstösse einreichen

Von Daniel Ballmer, Bern

Das Thurgauer Parlament hat am Mittwoch einigen Wirbel ausgelöst. Gegen den Willen der Regierung beschloss der Grosse Rat, den obligatorischen Französischunterricht aus dem Lehrplan der Primarschule zu streichen. Die Kinder sollen künftig bis Ende der sechsten Klasse nur noch Englisch lernen.

Der Basler Regierungsrat Christoph Eymann hatte darauf den Entscheid bedauert. Als Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) respektiere er die Souveränität der Kantone. Aus seiner Sicht aber gebe es am seit 2004 bestehenden Fremdsprachenkonzept nichts zu ändern. Damals hatte die EDK beschlossen, dass Primarschüler eine Landessprache und Englisch lernen müssen – die erste Sprache ab der dritten, die zweite ab der fünften Klasse.

Bundesrat Alain Berset kündigte bereits im März an, dass für ihn ein Streichen des Französischunterrichts an Deutschschweizer Primarschulen keine Option ist. Notfalls will der Innenminister Frühfranzösisch per Bundesgesetz durchsetzen. Noch aber sei der Moment zur Intervention nicht gekommen, liess sein Departement verlauten.

«Eine rote Linie überschritten»

«Für die SP Schweiz ist dieser Dammbbruch nicht akzeptabel, jetzt müssen wir die Sprachenfrage auf Bundesebene lösen», reagierte Matthias Aebischer per Communiqué. Die SP werde Vorstösse einreichen, um eine zweite Landessprache in der Primarschule im Sprachengesetz zu verankern, kündigte der Präsident der nationalrätlichen Bildungskommission an. Der Kanton Thurgau verstosse mit seinem Verzicht auf Frühfranzösisch gegen die verfassungsmässig vorgeschriebene Harmonisierung des Schulwesens. «Damit ist für die SP eine rote Linie überschritten», so Aebischer.